

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek Nein! zur Politik - Ja zur Hilfe!

Mitglied im Dachverband
Initiativen
für erfolgreiche
Integration
Hamburg



Hamburg, den 25.02.2016

Newsletter 4/2016

Liebe Unterstützer der Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek,

wir möchten Euch an dieser Stelle über die vielfältigen Aktivitäten der letzten Wochen genauer informieren. Wir haben den Eindruck, dass die Politik mittlerweile aufgewacht ist und es Zeichen von Gesprächsbereitschaft gibt. Dies bedeutet nicht, dass die Ziele der Bürgerinitiative erreicht sind. Wir müssen weiterhin auf uns aufmerksam machen, medial, bei Politik und Verwaltung. Achtet auf unsere kommende Aktion, auf die wir in einem gesonderten Newsletter hinweisen, dort benötigen wir unbedingt Eure Unterstützung. Denn wir fordern weiterhin: FAIRteilung statt Ghettos: eine Obergrenze von 1.500 Flüchtlingen für den gesamten Stadtteil Neugraben-Fischbek.



Rückblick Sozialausschuss 08.02.2016

Am 08.02.2016 wurde im Sozialausschuss des Bezirkes Harburg der Antrag 20-1241 beraten. In diesem leitet die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) das Anhörungsverfahren für die Unterkunft Am Aschenland II mit 3.000 Plätzen ein. Auskunft gaben Herr Dr. Riemer von der BASFI und der Sozialdezernent von Harburg Herr Stuhlmann. Es gab weitestgehend die gleichen Informationen bzw. Präsentationen wie bereits in der CU-Arena.

Interessant waren noch zusätzliche Fragen der Ausschussmitglieder und Gäste. Die baugenehmigungsfreien Arbeiten sollten unmittelbar am gleichen Tag beginnen – dies geschah auch.

Der im Rahmen der Ausschreibung ausgewählte Betreiber soll zunächst einen Vertrag über 4 Jahre bekommen. Ihm obliegt auch die Aufstellung und Durchsetzung der Sicherheits- und Sauberheitskonzepte. Dadurch wird die Verwaltung von jeglicher Verantwortung frei, will aber die Einhaltung des Vertrages in regelmäßigen Abständen überprüfen und ggf. einen anderen Betreiber beauftragen.

Zur Frage zusätzlicher Ärzte für unseren Stadtteil wurde nochmals bestätigt, dass eine Zulassung ausschließlich für Neugraben-Fischbek nicht möglich ist. Die Zulassungen werden nach wie vor für das gesamte Gebiet der KV Hamburg vergeben, so dass die Ärzte sich in jedem beliebigen Stadtteil niederlassen können. Bisher konnte in diesem Punkt noch nichts erreicht werden.

Rückblick Demonstration Dachverband am 11.02.2016

Am 11.02.2016 wurde im Vorfeld des Stadtentwicklungsausschusses der Bürgerschaft Hamburg eine Demonstration vom Dachverband durchgeführt. Wir bedanken uns bei allen Bürgern von Neugraben-Fischbek, die uns dort mit unterstützt haben. Insgesamt zogen nach den Reden einzelner Bürgerinitiativen 750 Demonstranten zum CCH Hamburg. Die Pressereaktionen waren vielfach gut.

NDR: <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Proteste-gegen-Grossunterkuenfte-fuer-Fluechtlinge,fluechtlinge5744.html>

WELT: http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article152147196/Das-ist-wie-ein-Flaechenbrand.html

MOPO: <http://www.mopo.de/hamburg/debatte-im-cch-aufstand-gegen-grossunterkuenfte--das-sagen-die-buergerinitiativen--23506430>

BILD: <http://www.bild.de/regional/hamburg/fluechtling/so-geht-integration-schief-44528850.bild.html>

ABENDBLATT: <http://www.abendblatt.de/hamburg/article207035223/Turbulente-Anhoerung-nach-Demo-Senatorin-ausgebuht.html#modal>

Rückblick Stadtentwicklungsausschuss am 11.02.2016

Am 11.02.2016 wurden die Bürgerinitiativen im Rahmen des Stadtentwicklungsausschusses der Bürgerschaft Hamburg angehört. Dort ging es konkret um die Anträge 21/1838 (Folgeunterkünfte mit Perspektive Wohnen) und 21/2550 (soziale Infrastruktur). Auch wenn die Folgeunterkunft Am Aschenland nicht den Originalantrag betroffen hat (sie ist keine Unterkunft mit Perspektive Wohnen), konnten wir wichtige Themenfelder in der kurzen verfügbaren Zeit präsentieren:

- Risiko Drehscheibe (Ballung im Wohnungsbau in Neugraben-Fischbek),
- Risiko fehlende Infrastruktur,
- Notwendigkeit fairer Verteilung (Verteilungsschlüssel).

Die Präsentation ist angehängt. Die Mitstreiter der anderen Bürgerinitiativen haben ebenfalls gute Argumente, u.a. zu den Themen Umweltschutz, sog. Alternativlosigkeit, Bürgerbeteiligung, Integration und Baurecht vorgebracht.

Leider ist die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Frau Dr. Stapelfeldt auf diese Argumente nicht eingegangen und hat stattdessen eine vorbereitete Rede gehalten, in der sie alle bisher bekannten Argumente seitens der Stadt nur noch einmal wiederholt hat. Dies wurde von den 800 Zuhörern mit Buh-Rufen und demonstrativem Verlassen des Saales quittiert. Eine Entscheidung zu den Anträgen wurde vertagt.



CCH – Saal 2



BINF: Sven Blum

Rückblick Termin Dachverband mit Vertretern der Bürgerschaftsfraktionen der SPD und Grünen am 18.02.2016

Am 18.02.2016 kam es zu einem Treffen des Dachverbands der Initiativen für erfolgreiche Integration (kurz IfI) mit den Fraktionsvorsitzenden der Regierungsfractionen Dr. Andreas Dressel (SPD) und Dr. Anjes Tjarks (Grüne).

Dieses Treffen fand im Hamburger Rathaus statt. Trotz unterschiedlicher Auffassungen zu den Problemen der Flüchtlingsunterbringung in der Hansestadt Hamburg begrüßten beide Seiten die Gelegenheit, in einen offenen Dialog zu treten. In der Gesprächskultur eines „runden Tisches“ hatten die Vertreter der einzelnen Bürgerinitiativen die Gelegenheit, Ihre Positionen und Forderungen an die Fraktionsvorsitzenden zu adressieren und Ihre Perspektive aus den Stadtteilen zu schildern. Aus Sicht unserer Bürgerinitiative ist hervorzuheben, dass sich sowohl Herr Dressel als auch Herr Tjarks über die besonderen Herausforderungen bei den geplanten Großunterkünften bewusst sind und hierbei einen besonderen Gesprächsbedarf mit eventuellen Verhandlungsmöglichkeiten einräumen. Den Vertretern des Dachverbandes wurde darüber hinaus signalisiert, dass man eine Bürgerbeteiligung in den Maßnahmenkatalog aufnehmen wolle. So bestünden etwa Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der Findung und Bewertung von Flächen für die Flüchtlingsunterbringung.

Ein klares Signal der Regierungsfractionen zu einem grundlegenden Kurswechsel und einem Verzicht auf Großunterkünfte ließen die Fraktionsvorsitzenden jedoch vermissen. Die Gespräche werden in gleicher Runde Anfang März fortgesetzt.

Rückblick Termin BINF mit Vertretern der Bürgerschaftsfractionen der SPD und Grünen am 22.02.2016

Regierungsvertreter:

Fraktionsvorsitzender A. Dressel (SPD), Fraktionsvorsitzender A. Tjarks (GRÜNE)

Vorsitzende Landesverband Hamburg A. Galina (GRÜNE)

Mitglied der Bürgerschaft B. Schulz (SPD), Mitglied der Bürgerschaft S. Schumacher (SPD)

Mitglied der Bürgerschaft M. Czech (SPD)

BINF:

B. Greve, N. Höbelt, V. Jahnke, K. Grotjahn, S. Blum, B. Greve, J. Greve



Am 22.02.2016 fand der lange geplante Termin mit einigen Regierungsvertretern der Hamburger Bürgerschaft statt. Wir trafen wir uns mit diesen um 20:00 Uhr im Saal A2 des Hamburger Rathauses.

Ziel dieses Termins war es, die Forderungen der BI erneut in die Entscheidungsebene der Politik zu tragen, da das Gespräch mit Frau Dr. Leonhard im Dezember keine substantiellen Fortschritte gebracht hat. Alle Gesprächsteilnehmer waren hochkonzentriert und haben die Positionen und Sichtweisen auf Augenhöhe ausgetauscht.

Die Fraktionsvorsitzenden haben keine konkreten Angebote überbringen können. Sie sind aber ernsthaft an einem weiteren Dialog interessiert und haben eifrig Notizen gemacht. Zunächst werden unsere vorgetragenen Forderungen nun direkt von den Fraktionsvorsitzenden an den Senat herangetragen. Ein Folgetermin ist auf den 30.03.2016 gesetzt. Da bereits jetzt die Vorbereitungen für die Ausschreibung des Betriebes der Großunterkunft „Am Aschenland II“ in der ursprünglich geplanten Größe von 3.000 Plätzen laufen, hat die BINF darauf hingewiesen, dass hier eine entsprechende Berücksichtigung einfließen muss. Ansonsten seien weitere Gesprächsrunden nur Makulatur. Uns wurde hierzu in den nächsten Tagen ein Statement zugesagt.

Insgesamt waren wir von der Ernsthaftigkeit der Diskussion freudig überrascht. Von beiden Seiten wurde ein positives Fazit gezogen. Ohne etwas versprechen zu können: „Es keimt Hoffnung!“

Dazu die BILD: <http://m.bild.de/regional/hamburg/hamburg/senat-spricht-ploetzlich-mit-den-buergern-44690714.bildMobile.html>

Bezirksversammlung vom 23.02.2016



In der Bezirksversammlung am 23.02.2016 stand die Drs. 20-1241 (Anhörung des Bezirkes Harburg zur Unterkunft „Am Aschenland II“) auf der Tagesordnung, sie war jedoch ohne Debatte geplant. Die BINF hat jedoch im Rahmen der Fragestunde alle Parteien aufgefordert, ihre Stellungnahmen noch einmal öffentlich vorzutragen. Bis auf die SPD haben alle Parteien die Größe der Unterkunft „Am Aschenland II“ abgelehnt. Vielfach wurden dabei auch Themen aufgegriffen, die von der BINF seit Vorstellung der Planungen öffentlich thematisiert wurden. Wir haben alle Stellungnahmen in unserer Pressemitteilung zusammengefasst. Diese ist als Anlage angehängt.

Ein Antrag der Linkspartei, in Sandbek-West auf 100% geförderten Wohnungsbau aufzustocken, wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.

Ein Antrag der Neuen Liberalen, das Verteilungsmodell der BINF zur Prüfung an die Behörden weiterzuleiten, wurde in den Sozialausschuss verwiesen. Dieser findet am 07.03.2016 um 18 Uhr im Mehrzweckraum des SDZ Harburg statt. Lasst uns dort gemeinsam zeigen, dass wir an einer Annahme dieses Antrages Bürgerinteresse haben.

Dazu Harburg Aktuell: <http://www.harburg-aktuell.de/news/politik/bezirksversammlung-fensterreden-zum-thema-fluchtlinge.html>

Weitere Presseschau

SAT1: <http://www.hamburg.sat1regional.de/video-hh/article/buergermeister-scholz-spricht-ueber-verteilung-von-fluechtlings-in-hamburg-197112.html>

DLF: http://www.deutschlandfunk.de/grossunterkuenfte-fuer-fluechtlinge-wir-wollen-so-einen.1769.de.html?dram:article_id=346144

FAZ: <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/hamburger-wehren-sich-gegen-fluechtlingsunterkuenfte-14067167.html#GEPC;s3>

TAZ: <http://www.taz.de/!5274214/>

NDR: <http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Grossunterkuenfte-Das-sagen-die-Parteien,grossunterkuenfte100.html>

NDR: <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Dressel-SPD-will-Volksentscheid-vermeiden,dressel154.html>

Harburg-Aktuell: <http://www.harburg-aktuell.de/news/vermishtes/harburger-spd-gibt-neugrabenern-nachhilfe-in-fluchtlingsfragen.html>

WELT: <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article152392191/Wie-Architekten-Fluechtlingsgettos-vermeiden-wollen.html>

DLF: http://www.deutschlandfunk.de/grossunterkuenfte-fuer-fluechtlinge-wir-wollen-so-einen.1769.de.html?dram:article_id=346144

WELT: <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article152445401/Rot-Gruen-und-Dachverband-zufrieden-mit-erstem-Treffen.html>

Zum Schluss

Wir hoffen, Euch alle auf den kommenden Veranstaltungen wieder begrüßen zu können. Nur gemeinsam sind wir stark und können die Ziele der Bürgerinitiative erreichen:

- eine Obergrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek,
- eine faire Verteilung der Flüchtlinge über alle Stadtteile Hamburgs,
- einen Dialog zwischen Bürger und Politik/Verwaltung bezüglich der Flüchtlingsunterbringung in Hamburg.



Euer BINF-Orga Team

Email: mitmachen@binf-online.de

Web: www.binf-online.de

Facebook: Bürgerinitiative Neugraben Fischbek NEIN! zur Politik - JA zur Hilfe!

Twitter: BI NeugrabenFischbek

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! wurde im Anschluss an eine Informationsveranstaltung zur geplanten Großunterkunft in Neugraben Fischbek am 23.09.2015 gegründet. Die Bürgerinitiative hat eine machbare und nachhaltige Integration zum Ziel und lehnt Großunterkünfte als nicht integrierbar ab. Die Bürgerinitiative fordert eine Höchstgrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek und bietet damit gegenüber den Planungen für Gesamt-Hamburg eine fast doppelt so hohe Integrationsleistung an. Die Bürgerinitiative hat einen Vorschlag für eine faire Verteilung auf alle Stadtteile vorgelegt.